

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Wirtschaftsausschuss

70. Sitzung

am Donnerstag, dem 9. Dezember 1999, 10:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Uwe Eichelberg (CDU)

Vorsitzender

Hermann Benker (SPD)

Dr. Jürgen Hinz (SPD)

Klaus-Dieter Müller (SPD)

Bernd Schröder (SPD)

Klaus Haller (CDU)

Brita Schmitz-Hübsch (CDU)

Gero Storjohann (CDU)

in Vertretung von Silke Hars

Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Christel Aschmoneit-Lücke (F.D.P.)

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Günter Neugebauer (SPD)

Fehlende Abgeordnete

Gisela Böhrk (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

| Tagesordnung: | Seite |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------|
| 1. Landesweite Verkehrsservicegesellschaft mbH - Aufgaben und Perspektiven | 5 |
| hierzu: Drucksache 14/2360 und Umdruck 14/3920 | |
| 2. Bericht der Enquetekommission "Chancen und Risiken der Gentechnologie" beim Schleswig-Holsteinischen Landtag | 8 |
| Bericht der Enquetekommission Drucksache 14/2373 (neu) | |
| 3. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landeswassergesetzes und des Ausführungsgesetzes zum Wasserverbandsgesetz | 9 |
| Gesetzesentwurf der Landesregierung Drucksache 14/2437 | |
| 4. a) Investitionsprogramm des Bundesverkehrsministeriums 1999 bis 2002 | 10 |
| Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/2472 (neu) | |
| b) A 20 und Elbquerung | |
| Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 14/2482 | |
| Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 14/2529 | |
| c) Bau der A 20 westlich von Lübeck - Entscheidung des Bundeskabinetts | |
| Antrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 14/2504 | |

-
- 5. Stärkung des Handwerks in Schleswig-Holstein** 12
- Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2518
- Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der F.D.P.
Drucksache 14/2538
- 6. Situation des Transportgewerbes in Schleswig-Holstein** 13
- Bericht der Landesregierung
Drucksache 14/2527
- 7. Bericht des Innenministeriums über die Situation der Spielbanken in Schleswig-Holstein nach dem Wechsel zu einem öffentlich-rechtlichen Betreiber im Dezember 1995, insbesondere am Beispiel der Situation des Casinos Travemünde** 14
- hierzu: Umdruck 14/4169
- 8. Bericht des MWTV zur Zahlung von Ausgleichsleistungen für spätere Unterhaltungsleistungen gemäß der Ablöserichtlinien des Bundes bei Baumaßnahmen an Landes- und Kreisstraßen** 15
- hierzu: Drucksache 14/2488
- 9. Terminplanung für das I. Halbjahr 2000** 16
- hierzu: Umdruck 14/4037
- 10. Verschiedenes** 16

Der Vorsitzende, Abg. Eichelberg, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Landesweite Verkehrsservicegesellschaft mbH
- Aufgaben und Perspektiven**

hierzu: Drucksache 14/2360 und Umdruck 14/3920

St Dr. Rohwer stellt einleitend fest, dass die Bilanz der Arbeit der LVS der letzten vier Jahre eindeutig positiv aussehe. Aus Sicht der Landesregierung sei es richtig gewesen, die LVS als kleine, schlagkräftige Einrichtung aufzubauen. Zu den ersten Aufgaben, einen Landesverkehrsplan aufzustellen und umzusetzen, sei der Punkt „Wettbewerb“ getreten, und es habe sich als richtig herausgestellt, hierbei nicht nur schrittweise, jedoch zügig voranzugehen, sondern auch sicherzustellen, dass die Ausschreibungen strategisch vernünftig gemacht würden. Darüber hinaus gelte es im Auge zu behalten, dass die Ergebnisse der Ausschreibungen, die man dann in Form von Verkehrsverträgen habe, überprüft würden. Die Controlling-, die Überwachungstätigkeit der dann durch Verkehrsverträge abgeschlossenen Leistungen werde immer wichtiger.

Ein zweiter Bereich sei, die in den letzten zehn Jahren erreichten Fortschritte wie bei der Einführung eines einheitlichen Taktes, der Aufstellung des landesweiten Nahverkehrsplanes, bei neuen Wegen in der Fahrplanauskunft in Schleswig-Holstein so zu vermarkten, dass die Kunden angesprochen würden und die verbesserten Taktzeiten auch nutzen.

Schließlich sei die Notwendigkeit zu betonen, in Schleswig-Holstein zu einem einheitlichen Tarif zu kommen. Dies sei sicherlich nicht in einem großen Wurf zu erreichen, sondern in Schritten, die auch finanzierbar seien. Fragen des Verkehrsverbundes, einer einheitlichen Tarifgestaltung seien weniger ein organisatorisches Problem als ein finanzielles. Hier befinde man sich zurzeit mit den verschiedenen Trägern in einer Diskussion. Er, St Dr. Rohwer, gehe davon aus, dass man innerhalb des nächsten Jahres Vorschläge vorlegen könne, wie man sich die nächsten Etappen zu einem einheitlichen landesweiten Tarif vorstelle. Hier ergebe sich ein Aufgabenfeld, das von der LVS begleitet werden müsse.

Der vierte Punkt, der Wettbewerb, sei vielleicht strategisch der wichtigste und auch der schwierigste. Man müsse sich darüber Gedanken machen, ob der Wettbewerb, der jetzt auch in Schleswig-Holstein zügig eingeführt werden solle, hinsichtlich seiner Vorteile sozusagen passiv wahrgenommen werde, indem man jeweils die Ausschreibungsbesten nähme und sicherstelle, dass die Leistungen vertragsgemäß eingehalten würden, oder ob man nicht auch ein kleines Stück Industriepolitik für den Norden damit verbinde. Das heiÙe, es stelle sich die Frage, ob künftig sozusagen nur noch französische oder andere Anbieter in Schleswig-Holstein führen oder ob man den in Norddeutschland ansässigen großen Verkehrsunternehmen die Chance geben wolle, in einer neuen strategischen Allianz mit unternehmerischer Führung eine Position zu behalten. Bis zum Beginn der neuen Legislaturperiode des Landtages werde es darum gehen, diese strategischen Überlegungen in ein Konzept zu gieÙen. Er, St Dr. Rohwer, werde dem Ausschuss darüber zu gegebener Zeit gern berichten.

Zusammenfassend sei festzustellen, dass die Landesregierung der Auffassung sei, dass die LVS wichtiger denn je sei und die maßvolle Erhöhung der Mittel im Wirtschaftsplan ihre Rechtfertigung habe. Es müsse bei dieser Kostenbetrachtung gesehen werden, dass die LVS nach wie vor die kleinste Verkehrsgesellschaft in Deutschland sei.

GF Wewers nimmt sodann Bezug auf die bisherigen drei klassischen Aufgaben der LVS wie Bestellung und Koordinierung des SPNV - Qualitätscontrolling, Aushandeln von Verträgen, Vorbereitung von Ausschreibungen -, Koordinierung des SPNV mit dem übrigen ÖPNV sowie seit 1998 die Verwaltung der GVFG- und Investitionsmittel in der Summe von zusammen 350 Millionen DM, für die die LVS die indirekte und teilweise direkte Verantwortung habe. Die letzt genannte Aufgabenwahrnehmung habe im April 1998 auch zu einer Aufstockung der Zahl der Beschäftigten von sechs auf acht geführt.

Die Wahrnehmung neuer Aufgaben im Bereich Fahrpläne, Qualitätskontrolle und Marketing erfordere die Ausweitung des Stellenplans um zwei weitere Mitarbeiter; der Aufsichtsrat habe dieser Ausweitung zugestimmt.

Abg. Schmitz-Hübsch spricht im Folgenden die beachtliche Steigerung der Ausgaben von 1998 in Höhe von rund 1,1 Millionen DM auf rund 3,0 Millionen DM für 2000 an und bewertet einzelne im Wirtschaftsplan ausgewiesene Ausgabenzuwächse kritisch. - St Dr. Rohwer betont ausdrücklich - dies auf eine entsprechende Aussage von Abg. Schmitz-Hübsch -, dass es nicht darum gehe, in diesem Bereich Mittel zu verwenden, weil sie sonst anderweitig möglicherweise verfielen. Angesichts der neuen zu bewältigenden Aufgaben, die ein größeres Gewicht finden müssten, sei die LVS nach wie vor im Vergleich eine kostengünstige und schlanke Organisation. Zur Aufgabenverlagerung aus dem MWTV in die LVS weist St Dr. Rohwer darauf hin,

dass im ÖPNV-Bereich zwei Stellen gestrichen worden seien; den beiden Mitarbeitern, um die es sich hierbei handle, seien im Ministerium andere Aufgaben zugewiesen worden. Im Übrigen verweist er auf die im Gesamtstellenplan des Einzelplans 06 ausgewiesenen Einsparungen.

Auf weitere Einzelfragen erwidert GF Wewers unter anderem, dass bezüglich der Fahrradbeförderung auf der Strecke von Hamburg nach Sylt für den kommenden Sommer geprüft werde, ob es möglich sei, zumindest bei gutem Wetter zusätzliche „Fahrradzüge“ einzusetzen. Bezüglich der Ausschreibung der Strecke Neumünster - Bad Segeberg - so auf eine weitere Frage von Abg. Schmitz-Hübsch - erklärt GF Wewers, dass es sich hierbei um eine reine Ausschreibung für den SPNV handle und dass insoweit der Güterverkehr keine Berücksichtigung finden könne. Auf der Grundlage eines Gutachtens aus dem vorletzten Jahr gehe es hier um den eingleisigen Ausbau für den Personenschienennahverkehr im Ein-Stunden-Takt. - Gutachten seien aus dem Ansatz „Entgelte aus Verträgen mit Dritten“ finanziert worden; hierbei handle es sich um mehrere Gutachten zum Beispiel zu den Bereichen Marktforschung, Tarifkonzept, Reaktivierungsuntersuchungen und Rechtsberatung bei Ausschreibungen.

Auf eine Bitte von Abg. Schmitz-Hübsch sagt GF Wewers zu, dem Ausschuss die genannten Gutachten, die auch im Internet präsentiert werden, zur Verfügung zu stellen.

Abschließend regt Abg. Bernd Schröder an, einmal der Frage nachzugehen, inwieweit es möglich sei, in die Begleitung der Arbeit der LVS im Aufsichtsrat oder im Beirat durch die kommunale Seite auch Vertreterinnen/Vertreter des Landtages mit einzubeziehen. - St Dr. Rohwer erklärt, dass man hierfür offen sei.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Bericht der Enquetekommission „Chancen und Risiken der Gentechnologie“ beim Schleswig-Holsteinischen Landtag

Bericht der Enquetekommission
Drucksache 14/2473 (neu)

(überwiesen am 17. September 1999 an den **Sozialausschuss**, den Agrarausschuss, den Umweltausschuss, den Wirtschaftsausschuss, den Bildungsausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss zur abschließenden Beratung)

Die Ausschussmitglieder nehmen hierzu eine im Auftrag des MWTV von der Technologie-Transfer-Zentrale durchgeführte Machbarkeitsstudie „Gründer- und Innovationszentrum Biotechnologie in Schleswig-Holstein“ entgegen.

Mit dieser Präsentation und der Kenntnisnahme des Berichts der Enquetekommission erklärt der Ausschuss seine Beratungen zu diesem Tagesordnungspunkt für abgeschlossen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landeswassergesetzes und des Ausführungsgesetzes zum Wasserverbandsgesetz

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/2437

hierzu: Umdruck 14/3795 (neu), 14/4026, 14/4041, 14/4046, 14/4064, 14/4067,
14/4071, 14/4072, 14/4077, 14/4080, 14/4088 - 14/4090,
14/4092, 14/4094, 14/4095, 14/4097 - 14/4099

(überwiesen am 14. Oktober 1999 an den **Umweltausschuss**, den Innen- und Rechtsausschuss, den Wirtschaftsausschuss und den Agrarausschuss)

Nachdem zu diesem Tagesordnungspunkt weiterer Beratungsbedarf signalisiert wird, vertagt der Ausschuss die Beratung einvernehmlich auf die nächste Sitzung des Ausschusses am 19. Januar 2000.

Punkt 4 der Tagesordnung:

a) Investitionsprogramm des Bundesverkehrsministeriums 1999 bis 2002

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2472 (neu)

b) A 20 und Elbquerung

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/2482

Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 14/2529

c) Bau der A 20 westlich von Lübeck - Entscheidung des Bundeskabinetts

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/2504

(überwiesen am 17. November 1999)

Abg. Bernd Schröder begründet zunächst noch einmal kurz den Antrag Drucksache 14/2472 (neu) und beantragt die Abstimmung über die Vorlage unter Einschluss des von Abg. Spoorendonk vorgelegten Änderungsantrages Drucksache 14/2529 als zweiten Absatz in folgender veränderter Fassung:

„Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass die Planung und der Bau des Transrapid zwischen Hamburg und Berlin - finanziert durch staatliche Zuschüsse - sofort gestoppt werden und die so frei werdenden Gelder zur Aufstockung der Finanzierung von Bundesverkehrswegemaßnahmen eingesetzt werden.“

Abg. Spoorendonk erklärt sich mit dieser Umformulierung einverstanden.

Abg. Schmitz-Hübsch vermisst schriftliche Aussagen des Bundesverkehrsministers dazu, dass die A 20 ab 2003 westlich der A 1 weiter gebaut werde, und möchte darüber hinaus wissen,

was auf einer öffentlichen Veranstaltung am gestrigen Abend bezüglich der Engpassbeseitigung Pinneberg/Elmshorn erklärt worden sei.

St Dr. Rohwer verweist zur Fortführung der Bundesautobahn A 20 auf ein Schreiben des Bundesverkehrsministers an die Ministerpräsidentin des Landes Schleswig-Holstein sowie zur Engpassbeseitigung Pinneberg/Elmshorn auf eine interne Protokollnotiz, in der das Land zugesichert bekommen habe, dass die Mittel zur Engpassbeseitigung entsprechend dem Baufortschritt bereitgestellt werden könnten.

St Dr. Rohwer sagt die Überlassung des Briefes des Bundesverkehrsministers vom 15. November 1999 an den Wirtschaftsausschuss zu; darüber hinaus werde er, weil die interne Protokollnotiz nicht herausgegeben werden könne, eine deutliche schriftliche Aussage zur Ausbaustrecke Pinneberg - Elmshorn gegenüber dem Wirtschaftsausschuss treffen.

Im Folgenden wird dem Plenum des Landtages mit sechs Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen vier Stimmen der CDU und F.D.P. empfohlen, die Drucksache 14/2472 (neu) in der oben beschriebenen geänderten Fassung anzunehmen. Eine Abstimmung über den Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW, Drucksache 14/2529, erübrigt sich insofern.

Der Antrag der Fraktion der CDU betreffend A 20 und Elbquerung, Drucksache 14/2482, wird mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. dem Plenum des Landtages zur Ablehnung empfohlen.

Der Antrag der Fraktion der F.D.P. zum Bau der A 20 westlich von Lübeck - Entscheidung des Bundeskabinetts, Drucksache 14/2504, wird ebenfalls mit Mehrheit dem Landtag zur Ablehnung vorgeschlagen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Stärkung des Handwerks in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2518

Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der F.D.P.
Drucksache 14/2538

(überwiesen am 18. November 1999)

Ohne weitere vertiefte Aussprache stellt der Vorsitzende die Anträge Drucksache 14/2518 und Drucksache 14/2538 alternativ zur Abstimmung. Der Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 14/2518, findet die Mehrheit. Daher empfiehlt der Wirtschaftsausschuss dem Plenum des Landtages, die Drucksache 14/2518 anzunehmen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Situation des Transportgewerbes in Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung

Drucksache 14/2527

(überwiesen am 19. November 1999 zur abschließenden Beratung)

Ohne weitere vertiefte Aussprache empfiehlt der Ausschuss dem Plenum des Landtages einstimmig, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Bericht des Innenministeriums über die Situation der Spielbanken in Schleswig-Holstein nach dem Wechsel zu einem öffentlich-rechtlichen Betreiber im Dezember 1995, insbesondere am Beispiel der Situation des Casinos Travemünde

hierzu: Umdruck 14/4169

In Anwesenheit des Geschäftsführers der Spielbank SH GmbH, Hein, informieren die Vertreter des Innenministeriums über die aktuelle Entwicklung. Die Stellungnahme ist dem Umdruck 14/4169 zu entnehmen.

Der Bericht wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Bericht des MWTV zur Zahlung von Ausgleichsleistungen für spätere Unterhaltungsleistungen gemäß der Ablöserichtlinien des Bundes bei Baumaßnahmen an Landes- und Kreisstraßen

hierzu: Drucksache 14/2488

AL Dr. Zeichner betont unter Hinweis auf die Antwort auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Frauke Tengler, Drucksache 14/2488, und § 27 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Schleswig-Holstein, dass man im Bereich der Landesstraßen dafür Sorge tragen werde, dass es bezüglich der Ablösebeträge zu einer einheitlichen Handhabung komme. Im Blick auf Kreisstraßen sei zu sagen, dass Hinweise des Landes nur empfehlenden Charakter haben könnten. Die auch in der Kleinen Anfrage angesprochene Abfrage bei anderen Bundesländern bezüglich der Bundesstraßen werde kurzfristig erfolgen. Über das Ergebnis werde die Abgeordnete Frauke Tengler - wie bereits in der Antwort auf die Kleine Anfrage erklärt - unterrichtet werden.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Terminplanung für das I. Halbjahr 2000

hierzu: Umdruck 14/4037

Die Ausschusstermine werden unter dem Vorbehalt einer möglichen Änderung durch den Wirtschaftsausschuss der 15. Wahlperiode des Landtages so gebilligt.

Zu Punkt 10 der Tagesordnung, **Verschiedenes**, liegt nichts vor.

Der Vorsitzende, Abg. Eichelberg, schließt die Sitzung um 12:55 Uhr.

gez. Uwe Eichelberg

Vorsitzender

gez. Manfred Neil

Geschäfts- und Protokollführer